



# Auf einen Blick



## Grün-rote Rekordumsätze im Straßenbau? Weit gefehlt!

### I. Kommunalen Straßenbau – Tatsächliche Investitionen

#### Förderung nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

	CDU-geführte Regierung	Grün-rote Landesregierung
2006	107 Mio. Euro	
2007	105 Mio. Euro	
2008	104 Mio. Euro	
2009	104 Mio. Euro	
2010	104 Mio. Euro	
2011 (CDU-HH)	104 Mio. Euro	
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>	<b>104,7 Mio. Euro</b>	
2012		89 Mio. Euro
2013		44 Mio. Euro
2014 <sup>1</sup>		63 Mio. Euro
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>		<b>65,3 Mio. Euro</b>

#### **Fazit:**

- Die Ursache für diese drastische Absenkung liegt in der bewussten Entscheidung (40 % statt 60 % der Mittel aus dem LGVFG, Absenkung der Förderquote von 70 % auf 50 % und Ausweitung der Förderatbestände) der grün-roten Landesregierung, die Mittel für den kommunalen Straßenbau zu reduzieren.
- Es kam zu einem kompletten Stillstand bis 2014. Der kommunale Straßenbau blutet unter Grün-Rot aus.

<sup>1</sup> Tatsächliche Ausgaben für das Jahr 2015 noch nicht bekannt.

## II. Landesstraßenbau – Tatsächliche Investitionen

- **Aus- und Neubau**

	<b>CDU-geführte Landesregierung</b>	<b>Grün-rote Landesregierung</b>
2006	42,9 Mio. Euro	
2007	52,4 Mio. Euro	
2008	53,9 Mio. Euro	
2009	59,5 Mio. Euro	
2010	58,6 Mio. Euro	
2011 (CDU-HH)	50,2 Mio. Euro	
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>	<b>Rund 53 Mio. Euro</b>	
2012		31,1 Mio. Euro
2013		41,1 Mio. Euro
2014 <sup>2</sup>		34,8 Mio. Euro
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>		<b>Rund 35 Mio. Euro</b>

- **Erhaltung (einschließlich Brücken)**

	<b>CDU-geführte Landesregierung</b>	<b>Grün-rote Landesregierung</b>
2006	46,4 Mio. Euro	
2007	46,7 Mio. Euro	
2008	51,9 Mio. Euro	
2009	84,2 Mio. Euro	
2010	65,6 Mio. Euro	
2011 (CDU-HH)	84,5 Mio. Euro	
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>	<b>Rund 63 Mio. Euro</b>	
2012		64,9 Mio. Euro
2013		81,5 Mio. Euro
2014 <sup>3</sup>		98,4 Mio. Euro
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>		<b>Rund 81 Mio. Euro</b>

<sup>2</sup> Tatsächliche Ausgaben für das Jahr 2015 noch nicht bekannt.

<sup>3</sup> Tatsächliche Ausgaben für das Jahr 2015 noch nicht bekannt.

- **Gesamtausgaben Landesstraßen**

	<b>CDU-geführte Landesregierung</b>	<b>Grün-rote Landesregierung</b>
2006	165,2 Mio. Euro	
2007	172,4 Mio. Euro	
2008	175,5 Mio. Euro	
2009	214,5 Mio. Euro	
2010	192,5 Mio. Euro	
2011 (CDU-HH)	197,9 Mio. Euro	
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>	<b>Rund 186 Mio. Euro</b>	
2012		158,9 Mio. Euro
2013		190,2 Mio. Euro
2014 <sup>4</sup>		211,2 Mio. Euro
<b>Im Durchschnitt pro Jahr</b>		<b>Rund 186 Mio. Euro</b>

**Fazit:**

- Mitnichten kann im Landesstraßenbau von Rekordumsätzen seit Regierungswechsel bzw. unter Grün-Rot gesprochen werden. Bezogen auf die Gesamtausgaben im Landesstraßenbau hat Grün-Rot nicht mehr investiert als zu Zeiten CDU-geführter Regierung, sondern phasenweise sogar deutlich weniger. Minister Hermann hat keine Rekordumsätze generiert.
- Die Mittel für den Aus- und Neubau wurden in den Erhalt verschoben. Zwar ist der Erhalt unbestritten wichtig, doch darf er nicht zu Lasten von Aus- und Neubau gehen, schon gar nicht bei guter Konjunktur.
- Planungsmittel für den Landes- und Bundesfernstraßenbau wurden abgesenkt und neuen Stellen der Straßenbauverwaltung aus den Mitteln für den Erhalt finanziert.
- Die Investitionen sind zudem jeweils im Zusammenhang mit der jeweiligen Finanzsituation zu sehen: Während die CDU in wirtschaftlich schwierigsten Zeiten (Finanzkrise etc.) weiter investiert hat, hat Grün-Rot trotz sprudelnder Steuereinnahmen die Ausgaben für den Aus- und Neubau drastisch reduziert und Mittel in den Erhalt verschoben. Der Neu- und Ausbau ist bis 2014 deshalb völlig zum Stillstand gekommen.
- Dass Grün-Rot die finanziell guten Zeiten nicht zu dringend notwendigen Investitionen genutzt hat, ist fahrlässig und schadet dem ganzen Land langfristig. Das ist auch durch die der Landtagswahl geschuldeten höheren Ansätze im Haushalt 15/16 nicht mehr zu heilen.

---

<sup>4</sup> Tatsächliche Ausgaben für das Jahr 2015 nicht bekannt.

### III. Bundesfernstraßenbau

- **Gesamtausgaben Bundesfernstraßen und Mittelausgleich**
  - 2006: 685,5 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 62 Mio. Euro
  - 2007: 679,2 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 76,1 Mio. Euro
  - 2008: 716,1 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 41,1 Mio. Euro
  - 2009: 860,5 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 16 Mio. Euro
  - 2010: 754,7 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 79,3 Mio. Euro
  - 2011: 805,4 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 69,5 Mio. Euro
  
- **Seit Grün-Rot in BW:**
  - 2012: 826,5 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 74 Mio. Euro
  - **2013: 815 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 0,0 Mio. Euro**
  - 2014<sup>5</sup>: 817,7 Mio. Euro – davon Mittelausgleich: 24 Mio. Euro

#### **Fazit:**

- Baden-Württemberg hat unter CDU-geführter Regierung immer **alle Mittel abgenommen** - auch Ausgleichsmittel, die der Bund zur Verfügung gestellt hat. Der relativ geringe Mittelausgleich im Jahr 2009 (16 Mio. Euro) liegt daran, dass der Bund bereits eine Rekordsumme von 860,5 Mio. Euro regulär Baden-Württemberg zugewiesen hat und daher nicht mehr Mittel im Rahmen des Mittelausgleichs angeboten wurden. Alle 15 freigegebenen Maßnahmen wurden unter schwarz-gelb geplant.
- **Minister Hermann hat im Jahr 2013 überhaupt keine Ausgleichsmittel abgenommen und sogar Geld an den Bund zurückgegeben (ca. 100 Mio. Euro)**
- Der Bund hat im Sommer 2015 insgesamt 15 Baufreigaben erteilt und 537 Mio. Euro für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt. (Der zweithöchste Betrag im Ländervergleich). Damit wurden alle planfestgestellten baureifen Maßnahmen in Baden-Württemberg freigegeben. Baden-Württemberg hat Mittel genau in der Höhe erhalten. Ggf. hätte Baden-Württemberg sogar noch mehr profitieren können, wenn weitere Maßnahmen baureif gewesen wären. Dies zeigt der Vergleich mit Bayern.
- Bayern hat im Sommer 2015 Baufreigaben in Höhe von 631 Mio. Euro vom Bund bekommen. Im Unterschied zu Baden-Württemberg hat Bayern jedoch baureife Maßnahmen im Volumen von 1,2 Milliarden Euro und ist jederzeit bereit, weitere Mittelzuweisungen des Bundes umzusetzen und zudem Ausgleichsmittel in dreistelliger Höhe abzunehmen (2014 allein 147 Mio. Euro!).
- Baden-Württemberg kann das nicht, weil es keine weiteren planfestgestellten Maßnahmen gibt. Durch den Investitionshochlauf des Bundes ist mit weiteren Mittelzuweisungen des Bundes in Rekordhöhe zu rechnen. Es ist für die kommenden Jahre zu befürchten, dass durch die zahlrei-

---

<sup>5</sup> Tatsächliche Ausgaben für das Jahr 2015 nicht bekannt.

chen Planungsstopps bzw. Verzögerungen unter Grün-Rot (zum Beispiel B 31 West) und mangels eigener Planungen, Baden-Württemberg mittelfristig nicht in der Lage sein wird, weitere Mittel des Bundes anzunehmen und umzusetzen. Es wird zu einem Stillstand im Bundesfernstraßenbau kommen. In Zeiten höchster Investitionen des Bundes eine fatale Situation. Dasselbe gilt mangels grün-roter Planungen für den Landesstraßenbau.

- Die gestiegenen Investitionen in den Straßenbau insgesamt sind in erster Linie den hohen Investitionen des Bundes zu verdanken. Während die Mittel dort deutlich gestiegen sind, war die Landesregierung nicht bereit, die Straßenbaumittel trotz bester Finanzsituation ihrerseits zu steigern.